Veröffentlichungen zur 117. BLK-Sitzung
am 7. und 8. Mai 2025
in Regensburg

TOP 1) Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2) Grüne Liste

TOP 3) Bekanntgabe von Umlaufbeschlüssen

TOP 4) E-Justice-Rat

TOP 5) AG Elektronischer Rechtsverkehr

TOP 6) AG Maschinell geführtes Grundbuch (inkl. dabag)

TOP 7) AG Maschinell geführte Register (inkl. AuRegis)

TOP 8) Court Data Base (CDB)

Am 16. Januar 2024 ist die sogenannte Digitalisierungsverordnung der Europäischen Union in Kraft getreten. Sie regelt die Digitalisierung der justiziellen Zusammenarbeit innerhalb der EU. Gestaffelt über die kommenden sechs Jahre werden mitgliedstaatliche Behörden verpflichtet, bei grenzüberschreitender Kommunikation ein sogenanntes dezentrales IT-System zu nutzen, das auf dem e-CODEX System basiert. Nationaler Handlungsbedarf besteht u.a. hinsichtlich der Lieferung und Aktualisierung der Zuständigkeitsinformationen der beteiligten Behörden in die Gerichtsdatenbanken der Europäischen Kommission (Court Database, CDB). Nur Behörden mit Eintrag in der CDB können an das dezentrale IT-System angeschlossen werden.

Derzeit existiert keine einheitliche Datenbasis, die alle zuständigen Behörden erfasst. Denn von der Digitalisierungsverordnung sind nicht nur Gerichte und

Staatsanwaltschaften betroffen, sondern auch verschiedene andere Stellen. Daher müssen weitere Datenlieferanten der Landes- und Bundesverwaltung und ggf. auch der berufsständischen Kammern erschlossen werden. Ein einheitliches Erfassungs- und Pflegesystem existiert momentan nicht, so dass durch heterogene Datenzulieferungen mit erheblichen Mehraufwänden zu rechnen ist.

Da die Fachdaten über alle Datenbestände hinweg eine einheitliche Taxonomie aufweisen und es Schnittmengen (Redundanzen) bei den geführten Einheiten gibt, bestehen jedoch Synergie- und damit Konsolidierungspotentiale.

Die von der 116. BLK zusammengerufene Projektgruppe schlägt daher vor ein Grobkonzept für den Aufbau eines nationalen Zentralrepositoriums zu erarbeiten, das alle am nationalen und EU-weiten elektronischen Rechtsverkehr beteiligten Einheiten führt. Die Projektgruppe geht davon aus, dass hierdurch die heute bestehenden Herausforderungen in abschließender Weise gelöst werden können. Darüber hinaus kann dieses als „Basiskomponente der Justiz“ perspektivisch für weitere Digitalanwendungen, beispielsweise im Bereich von Online-Verfahren, genutzt werden.

TOP 9) AG IT-Standards

Die AG IT-Standards hat die Weiterentwicklung der Standards EGVP, SAFE und XJustiz fortgeführt. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere die Pflege und Weiterentwicklung der EGVP-Produkte, die Erstellung von CRs, die Releaseplanung und die Tests neuer Versionen betreut.

TOP 10) AG IT-Governance

TOP 11) Standards zur Übermittlung elektronischer Verwaltungsakten

TOP 12) Sachkommission für IT im Justizvollzug

TOP 13) Digitalstrategie

TOP 14) AG Juristische Informationssysteme

Die AG Juristische Informationssysteme hat den Austausch mit den Anbietern verschiedener juristischer Datenbanken fortgesetzt. Als weiteren Arbeitsschwerpunkt kümmert sich die AG Juristische Informationssysteme um die Fragen, die sich in Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen stellen.

TOP 15) Digitalisierungsinitiative

TOP 16) E-Justice in der Schweiz

TOP 17) E-Justice in Österreich

TOP 18) AG KI

Die BLK-AG KI hat im Berichtszeitraum die Arbeiten an der KI-Strategie der Justiz abgeschlossen, die Errichtung der KI-Plattform der Justiz vorangetrieben sowie strategische und inhaltliche Begleitunterlagen erstellt.

TOP 19) Studie zur Machbarkeit einer bundeseinheitlichen Justizcloud

TOP 20) Digitale Zusammenarbeit von Polizei und Justiz

TOP 21) AG Zukunft

Die AG Zukunft bearbeitet mit dem gemeinsamen Vorprojekt von Polizei und Justiz „deutsche Beweismittelcloud“ (dBMC), der Grobkonzeption zum „Justizsoftwarehaus“ (Arbeitstitel „Justiz Digital 4.0“) und der Entwicklung einer Digitalstrategie des Justizvollzugs mehrere Handlungsstränge, die auf eine Optimierung der Strukturen bzw. der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der Digitalisierung ausgerichtet

sind. Im Rahmen ihrer strategischen Zuständigkeit innerhalb der BLK wirkt sie zudem darauf hin, dass diese und weitere Vorhaben – wie etwa die Planungen und Prüfungen zur Umsetzung einer bundeseinheitlichen Justizcloud, die Weiterentwicklung des Justizportals www.justiz.de zu einem neuen „Justizportal Deutschland“, die Projekte „Zivilgerichtliches Online-Verfahren“ und “Digitale Rechtsantragstelle“ sowie strategisch relevante Handlungsfelder wie der Digitalisierungsteil eines neuen Pakts für den Rechtsstaat oder die Impulse der Reformkommission „Zivilprozess der Zukunft“ – ganzheitlich und aufeinander abgestimmt entsprechend der Strategie des E-Justice-Rats für die Digitalisierung umgesetzt werden.

TOP 22) Ebenenübergreifender Einsatz von Videokonferenztechnik

TOP 23) Verschiedenes